

Motion Henri-Charles Beuchat (SVP): Nahrung, Kleidung, Behausung – Schluss mit der Luxus-Sozialhilfe in der Stadt Bern

Der Gemeinderat wird mit folgender Massnahme beauftragt

Der Gemeinderat wird aufgefordert die Kündigung der Mitgliedschaft in der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) auf den nächstmöglichen Zeitpunkt einzureichen.

Begründung

Bisher bezahlte der Kanton den Beitrag für die SKOS-Mitgliedschaft für die Berner Gemeinden. Mit dieser Zwangsmitgliedschaft ist jetzt Schluss. Die SVP hat die Sozialhilfe ins Visier genommen. Die Gemeinden im Kanton Bern können nach dem Grossratsbeschluss selber entscheiden ob sie Mitglied der SKOS sein wollen. Das Kantonsparlament hat einen entsprechenden Vorstoss überwiesen.

Die SKOS ist ein Gremium aus Exekutivmitgliedern und Funktionären, die zum Gesetzgeber werden, ohne demokratische Legitimation. Das ist staatspolitisch fragwürdig. Sozialhilfe ist eine Angelegenheit der Kantone und Gemeinden. Die SKOS nimmt jedoch immer mehr Einfluss und untergräbt die Gemeindeautonomie und somit auch den Föderalismus.

Aktuell ist die SKOS dabei, den Grundbedarf neu festzulegen, das ist eine direkte Folge der Kritik an die Adresse des Vereins. Die SVP sieht sich daher in ihrem Wirken bestätigt, der ausufernden Sozial-Industrie, welche hohe Ansprüche provoziert, die Zähne zu ziehen.

Mit der vorliegenden Motion wird sich die SVP auf kommunaler Ebene und im Rahmen ihrer parlamentarischen Möglichkeiten den Missständen in der Sozialhilfe annehmen. Die Forderung ist klar: Möglichst viele Austritte aus der SKOS, die Kürzung des Grundbedarfs und Entprofessionalisierung der Sozialhilfe, um nur drei Forderungen zu nennen.

Ein Austritt der Stadt Bern und eine Solidarisierung mit anderen Städten und Gemeinden in der Schweiz, die nicht Mitglied der Konferenz sind, setzt ein deutliches Zeichen zur Dysfunktionalität bei der Sozialhilfe. Die Zielsetzung ist klar: Der enormen Kostensteigerung im Sozialwesen muss Einhalt geboten werden, die Sozialhilfe muss wieder eine Hilfe zur Selbsthilfe werden. Heute ist die Sozialhilfe ein staatliches Grundeinkommen.

Bern, 19. Februar 2015

Erstunterzeichnende: Henri-Charles Beuchat

Mitunterzeichnende: Roland Jakob, Ueli Jaisli, Roland Iseli, Erich Hess, Manfred Blaser, Kurt Rügsegger, Rudolf Friedli